

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wierteljährlicher Abonnementpreis 0,65 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände und Bezirks-Vereine
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vorsitz: Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 12.

Berlin, Mittwoch, 9. Februar 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die preussische Wahlrechtsvorlage. — Der Lohnkampf in der Konfektionsindustrie in Stettin. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Die preussische Wahlrechtsvorlage.

Die Deutschen Gewerksvereine sind von jeher für die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger, also natürlich auch der Arbeiter, eingetreten. Deshalb fordern sie ein Wahlrecht, das wie das Reichstagswahlrecht, die Gleichberechtigung anerkennt und außerdem jedem Wähler die Möglichkeit bietet, seinen Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben zu können, ohne wirtschaftlichen Schaden zu erleiden. In einzelnen Bundesstaaten und in den Gemeinden bestehen nun aber Wahlsysteme, die den Arbeitern und auch den Angehörigen anderer Berufsstände die Ausübung des höchsten staatsbürgerlichen Rechts unmöglich machen, zum mindesten aber wesentlich erschweren. Dazu kommt verschärfend der plutokratische Charakter dieser Wahlsysteme, der einer geringen Minderheit im Volke ein Uebergewicht über den größeren Teil verleiht. Bei der Landtagswahl des Jahres 1908 in Preußen waren in der 1. Abteilung 3,82 Prozent, in der 2. Abteilung 13,87 Prozent, in der 3. Abteilung aber 82,31 Prozent wahlberechtigt. Diese ungleicherliche Vorherrschaft eines Bruchteiles der Bevölkerung hat denn auch den Ruf nach einer gründlichen Wahlreform, und zwar nach der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen, immer lauter ertönen lassen.

Ein Menschenalter hindurch verhielt sich die preussische Regierung gegenüber den Wünschen nach einer Wahlrechtsänderung durchaus ablehnend. Sie begnügte sich mit einigen Fiktionen, die während des letzten Jahrzehnts vorgenommen wurden. Endlich versprach aber die Thronrede vom Jahre 1908 eine „organische Fortentwicklung“ der über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten erlassenen Vorschriften, eine Fortentwicklung, in der die Thronrede „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ erblickte. Diese Ankündigung der preussischen Thronrede hatte infolgedessen eine Bedeutung, als in ihr zum ersten Mal die Notwendigkeit einer Reform anerkannt wurde; sonst aber war sie so vielversprechend oder auch so nichtversprechend wie nur irgend möglich.

Trotz dieser bescheidenen Verheißung richtete sich der Jörn der Konservativen und ihrer Anhänger gegen den leitenden Staatsmann in Preußen, den Fürsten Bülow, der als ein Opfer der Reichsfinanzreform und der von ihm verheißenen preussischen Wahlrechtsreform auf dem Kampfplatze bleiben mußte. Die Thronrede dieses Jahres zeigte denn auch eine nicht unbedeutende Ab schwächung der Ankündigung vom Jahre 1908. Es erschien weiter eine Wahlstatistik der preussischen Regierung, die in jeder Zeile eine Verschönerung des Dreiklassenwahlrechts brachte, und nun ist endlich auch die angeflügelte „Wahlreform“ in Gestalt eines Gesetzentwurfs zur Abänderung der Vorschriften über die Wahlen zum Hause der Abgeordneten dem preussischen Landtage zugegangen.

Wir können unser Urteil über diesen Gesetzentwurf kurz dahin zusammenfassen: Der Vorschlag der Regierung enthält zwar einige unbedeutende Verbesserungen des jetzigen Zustandes, aber auf der anderen Seite gerade für das arbeitende Volk so wesentliche Verschlechterungen, daß das Wahlrecht der Minderbemittelten noch mehr beeinträchtigt wird, als es bisher schon geschehen ist. Die Begründung des Gesetzentwurfes und alle son-

stigen offiziellen Erläuterungen geben wiederholt die Absicht zu erkennen, daß dem Mittelstande sein ausschlaggebendes Recht bei der Landtagswahl erhalten bleiben solle. Es will nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, ob der Mittelstand schon jetzt eine ausschlaggebende Rolle bei der Landtagswahl gespielt hat. Sicher ist jedoch, daß der Arbeiterstand bisher zurückgesetzt gewesen ist und daß das neue Gesetz an diesem beklagenswerten Zustande nicht das geringste bessern wird.

Eine in dem neuen Gesetz enthaltene Verbesserung ist die Einführung der direkten Wahl. Leider ist dies aber auch der einzige prinzipielle Fortschritt. Sonst bewegt sich das Gesetz durchweg in den alten Bahnen der preussischen Dreiklassenwahl. Dieses Urteil kann auch dadurch nicht geändert werden, daß der Wahleinfluß der Millionäre und Milliarden eine Herabminderung erfährt, indem als höchster Steuerfuß die Summe von 5000 Mark in Anrechnung gebracht werden soll. Trotz dieser „Verbesserung“ bleibt der plutokratische Charakter des preussischen Wahlsystems nach wie vor erhalten. Zuungunsten der Arbeiter fallen die Bestimmungen, nach denen eine abgeschlossene akademische Hochschulbildung, die Zugehörigkeit zum deutschen Reichstage und zum preussischen Landtage, eine bestimmte ehrenamtliche Tätigkeit in den Selbstverwaltungsbehörden, sowie die ehemalige Zugehörigkeit zum Offizierskorps des Heeres und der Marine ohne Rücksicht auf die Steuerleistung ein Aufstücken in die 1. Abteilung zulassen. Das gleiche ist der Fall mit den Bestimmungen, nach denen wiederum eine bestimmte amtliche Tätigkeit in kleineren Städten und ländlichen Gemeinden und die vor mindestens 15 Jahren erlangte Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst, sowie die seit mindestens 5 Jahren erlangte Berechtigung zur Anstellung im Zivildienst auf Grund militärischer Dienstleistung den Betreffenden das Wahlrecht in der 2. Abteilung gibt. Es liegt auf der Hand, daß durch diese Gesetzesbestimmungen ein großer Teil von Wählern zweiter bzw. dritter Abteilung in höhere Wählerklassen gebracht wird und daß alle Wähler, denen die vorstehend erwähnten Eigenschaften fehlen, zurückgesetzt sind. Die Vorschläge der Regierung stellen eine Begünstigung der Beamtenklasse dar; sie bedeuten aber gleichzeitig eine Zurücksetzung des erwerbstätigen Volkes, gleichviel ob Handwerker oder Arbeiterkreise davon betroffen werden. Dieses Schaffen neuer privilegierter Volkskreise muß den entschiedenen Widerspruch aller gerecht Denkenden hervorgerufen. Wir erblicken daher in der Regierungsvorlage keine Verbesserung, sondern eine argge Verböserung des jetzigen Zustandes.

Und schließlich die öffentliche Stimmabgabe! Im Reichstage ist man bemüht, eine größere Sicherung des Wahlgeheimnisses zum Schutze der wirtschaftlich Abhängigen zu finden. Dort hat auch seinerzeit ein Staatssekretär des Innern namens der Verbündeten Regierungen erklärt, es sei eine sittliche Pflicht, das Geheimnis der Wahl zu schützen. In Preußen will man jetzt die öffentliche Stimmabgabe beibehalten. Die Regierung begründet ihr Vorhaben mit dem schönen Satze, im preussischen Staat herrsche „der Grundsatz der Öffentlichkeit“ auch sonst alle wichtigeren Vorgänge des staatlichen Lebens, namentlich das weite Gebiet der Kommunalwahlen. Eine Aenderung des Landtagswahlrechts in diesem Punkte würde kaum ohne Rückwirkung auch auf alle diese anderen Gebiete des öffentlichen Lebens bleiben können.“ Sonst enthält die Begründung der Regierungsvorlage noch einige hübsche Worte über

„politische Verantwortlichkeit“, „Selbsterziehung des Volkes“ und dergleichen mehr.

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben über das, was man jetzt dem preussischen Volke zu bieten magt. Weil in den Kommunen noch die schlechte öffentliche Stimmabgabe besteht, deshalb muß nach der Regierung auch zum Landtage dieses schlechte System erhalten bleiben; sonst könnte man ja auch auf dem Gebiete der Kommunalwahlen eine Aenderung verlangen.

Die preussische Regierung war schlecht beraten, als sie zu einer derartigen Verteidigung der öffentlichen Stimmabgabe kam. Sie führt auch die schwache Wahlbeteiligung in Preußen an, glaubt aber, durch Beseitigung der indirekten Wahl diesen Uebelstand zu beseitigen. Wir glauben dies nicht! Die direkte Wahl allein tut es nicht, es muß mit ihr, abgesehen von der Gleichheit der Wahl, auch die geheime Stimmabgabe verbunden sein. Vor allem aber muß jede vernünftige Wahlrechtsreform Hand in Hand gehen mit einer Neuerteilung der Wahlkreise, an die freilich die preussische Regierung nicht denkt. Ohne eine solche ist ein jedes Wahlsystem für das Volk in seiner Allgemeinheit wertlos. Darum haben wir für den Wahlrechtsvorschlag der preussischen Regierung nur ein glattes Nein, und deshalb fordern wir mit der Mehrheit des preussischen Volkes nach wie vor die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auch in Preußen.

Die erste Lesung der Vorlage soll bereits in dieser Woche stattfinden. Ihr Schicksal läßt sich noch nicht voraussagen. Die richtige Antwort auf diese „Wahlrechtsreform“ wäre, das Abgeordnetenhaus ließe den Entwurf glatt unter den Tisch fallen. Wir würden ihm keine Träne nachweinen.

Der Lohnkampf in der Konfektions- schneiderei in Stettin.

Ein heißes, erbittertes Ringen hat sich in Stettin abgepielt. Neun Wochen lang kämpften die Arbeiter der Herrenkonfektionsbranche gegen die Machtgelüste eines millionenreichen Unternehmertums, das sich nicht scheute, trotz der stetigen Verteuerung der gesamten Lebensbedürfnisse den Arbeitern und Arbeiterinnen eine weitere Kürzung der ohnehin ermächtigten Arbeitslöhne zuzumuten. Aber diese Bestrebungen sind glücklicherweise vereitelt worden durch die Einmütigkeit und ädhe Ausdauer der Stettiner Konfektionsschneider und Näherinnen. Tapfer haben sie gestritten und einen vollen Sieg errungen. Denn die Unternehmer haben die Lohnreduktionen auf der ganzen Linie zurückziehen und dafür sogar ganz erhebliche Lohnverbesserungen bewilligen müssen. Also ein doppelter Erfolg, und wahrlich, er ist den Stettiner Schneidern und Näherinnen zu gönnen. Sie sind stets die Vorkämpfer für die Interessen der Konfektionsschneider in ganz Deutschland gewesen, und darum kommt auch jetzt ihr Sieg der gesamten Konfektionsarbeiterbewegung Deutschlands zugute.

Die Konfektion ist im Laufe der Jahre zu einer der blühendsten Industrien Deutschlands geworden. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts aus ganz kleinen Anfängen entstanden, eroberte sie sich bald weite Abgabengebiete und verdrängte die Maßschneiderei immer mehr und mehr. Heute hat sich der größte Teil des Publikums daran gewöhnt, seine Garberobe nur noch fertig zu kaufen. Aber die deutsche Konfektion begnügte sich nicht mit dem heimischen Markte, sondern verlegte sich auch auf den Export, und es sind nicht gerade geringe Quanten,

welche alljährlich an deutscher Konfektion im Auslande umgesetzt werden.

So ist die deutsche Konfektion zu einem blühenden Industriezweig geworden, der den beteiligten Unternehmern enorme Gewinne abgeworfen hat und auch heute noch abwirft. Erklären diese Leute doch selbst oft genug voll Stolz, daß sie „durch eigene Kraft“ ihr Geschäft von den kleinsten Anfängen zu imposanten Großbetrieben emporgearbeitet hätten, und daß es auch heute noch intelligenten Anfängern mit geringem Kapital möglich sei, „in der Konfektion etwas zu werden“. Demnach muß doch die Konfektion enorme Gewinne abwerfen.

Nun sollte man doch annehmen dürfen, daß auch die Arbeiter von diesem glänzenden Aufstieg der Konfektion profitiert hätten, daß ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse äußerst günstige sein müßten. Leider ist hier das Gegenteil der Fall. So glänzend sich auch die Konfektion nach außen entwickelt hat, so traurig sind die Verhältnisse für die Arbeiter. Ja, es ist hier sogar die Tatsache zu verzeichnen, daß die Lohnsätze gegen früher nicht unerheblich gesunken sind, während die Anforderungen an die Verarbeitung der Sachen bedeutend gesteigert wurden. Der reiche Gewinn, den die Konfektion abwarf, floß in die Taschen der Unternehmer, für den Arbeiter blieben nur die Brotkrumen übrig.

Wie war dies möglich? Warum haben sich die Arbeiter hiergegen nicht gehrert? Ihre Erklärung findet diese seltsame Erscheinung, wenn man berücksichtigt, daß die Unternehmer in der Konfektion es verstanden haben, sich das System der Heimarbeit dienstbar zu machen. Dadurch war es ihnen möglich, die Lohnsätze immer wieder und wieder herabzudrücken und einen Arbeiter gegen den anderen auszuwählen. Hierüber noch weiteres zu schreiben, die Gulen nach Athen tragen; denn die grauenhaften Zustände, welche das System der Heimarbeit zeitigt, sind durch die Heimarbeit ausstellungen zur Genüge bekannt geworden.

Trotz der großen Schwierigkeiten, welche die Heimarbeit der Agitation in den Weg legt, ist es aber schließlich doch gelungen, den Organisationsgedanken unter die Konfektionsarbeiter zu tragen. Bereits 1896 versuchten die Stettiner Konfektionschneider, gestützt auf die Organisation, der Ausbeutungspolitik der Unternehmer einen Damm entgegenzusetzen und eine tarifliche Regelung der Löhne herbeizuführen. Trotz jähem, ausdauerndem Kampfe unterlagen die Arbeiter leider, weil die Zahl der Organisierten noch zu gering war und dadurch den Unternehmern noch zu viel Arbeitswillige zur Verfügung standen. Unter unendlich mühseligen Verhältnissen wurde in den folgenden Jahren immer wieder an dem Ausbau der Organisation gearbeitet, aber lange Jahre nur mit geringem Erfolge.

Da endlich 1906 schien eine andere Zeit heranzubrechen zu wollen. Die Berliner Heimarbeit ausstellung hatte das soziale Gewissen weitester Kreise geweckt. Schauernd sah man die Summe von Not und Elend, welche das System der Heimarbeit gezeugt hatte, und die moralische Empörung wandte sich gegen die, welche aus diesem System Kapital schlagen. Diese Stimmung benutzten die Stettiner Konfektionschneider in geschickter Weise und unterbreiteten den Unternehmern noch im Sommer 1906 einen Tarif. Auch jetzt sträubten sich die Konfektionsäre aufs heftigste dagegen. Indessen die gerade herrschende Hochkonjunktur und auch die damals noch im Zenith stehende sittliche Entrüstung aller Schichten der Bevölkerung schredte die Unternehmer vor der Provokation eines Kampfes doch zurück, und so schlossen sie denn am 1. Oktober 1906 einen Tarif mit dreijähriger Gültigkeit ab.

Es zeigte sich aber bald, daß die Unternehmer nur der Not des Augenblicks gehorcht hatten; denn kaum war die Saison vorüber, da waren Tarifbrüche an der Tagesordnung, und allen Vorstellungen der Arbeitnehmer wurde mit größtem Hohn begegnet. Dies zwang die Arbeitnehmer, im Jahre 1907 über 8 Geschäfte, die sich ganz besonders im Tarifbruch hervorgetan hatten, die Sperre zu verhängen. Die anderen Unternehmer erklärten sich mit den 8 gesperrten Firmen solidarisch und beschlossen ihrerseits die Generalausperrung. 6 Wochen währte diese, und das Resultat war, daß die Unternehmer sich verpflichten mußten, den Tarif für die Zukunft innezuhalten und auch verschiedene strittige Extraarbeiten zu bezahlen. Trotz dieser neuerlichen Abmachungen herrschte aber auch in der Folgezeit ein ewiger Kleinkrieg, da ein Teil der Unternehmer sich noch immer nicht daran gewöhnen konnte, daß sie das, was sie unterschrieben hatten, auch halten müßten, und es bedurfte manches Urteils der Tarifüberwachungskommission resp. des Gewerbegerichts, um diese Unter-

nehmer an die Erfüllung ihrer Pflichten zu erinnern.

So kam das Jahr 1909 heran. Da im Tarif ein Passus enthalten war, daß er ein Jahr weiterläuft, wenn er nicht vier Monate vor Ablauf gekündigt war, so hatten die Arbeitnehmer beschlossen, in Anbetracht der schlechten Konjunktur von einer Kündigung Abstand zu nehmen. Anders dachten aber die Unternehmer. Ihnen schien die Situation günstig, den verhassten Tarif wieder aus der Welt zu schaffen, und sie kündigten ihn, ohne neue Vorschläge für einen neuen Tarif zu machen. Natürlich reichten die Arbeitnehmer nun einen neuen Entwurf ein, und da man nun schon einmal bei der Arbeit war, wurde auch gleich ein Tarif für die Näherinnen und Bügler ausgearbeitet. Die Arbeitgeber reagierten anfangs gar nicht darauf. Erst als sich unter den Arbeitnehmern eine Stimmung bemerkbar machte, die Arbeit sofort niederzulegen, erklärten die Arbeitgeber sich bereit, einen neuen Tarif abzuschließen, erludten aber um Aufschub der Verhandlungen, um ihrerseits auch eine Vorlage ausarbeiten zu können. Im September legten sie endlich ihren Entwurf vor, aber der war auch danach. Er sah eine bedeutende Verschlechterung der bisherigen Lohnsätze vor. Von der Festsetzung der Löhne für die Näherinnen und Bügler (Hosen- und Westenarbeit) wollten die Arbeitgeber überhaupt nichts wissen. So war der Oktober und damit der Ablaufstermin des alten Tarifs herangekommen, ohne daß eine Einigung erzielt war. Die Unternehmer ließen nun einfach ihren Entwurf drucken und erklärten ihn für maßgebend. Den Arbeiterorganisationen (Gewerkverein und freier Verband) schien die Zeit zum Kampfe nicht günstig, und es wurde beschlossen, vorläufig tariflos zu arbeiten bis zum Eintritt einer günstigeren Konjunktur, gegen die Lohnreduzierungen aber einzeln entscheiden zu protestieren. Der hieraus entsponnene Kleinkrieg muß den Unternehmern aber doch unheimlich geworden sein, und Ende November stellten sie an die beiden Organisationen das strikte Verlangen, den Tarif (der Arbeitgeber) innerhalb acht Tagen zu unterzeichnen. Da dies von seiten der Arbeiterorganisationen verweigert wurde, erfolgte am 2. Dezember die Aussperrung aller organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, rund 2000.

Wenn nun die Stettiner Unternehmer gehofft hatten, die Arbeiter mit der Zeit müde zu machen, so hatten sie sich gründlich verrechnet. Die Stettiner Schneider und Näherinnen sind durch die vorübergehenden Kämpfe gestählt und gefaßt; sie wissen, daß nur Ausdauer zum Siege führt. Als Bundesgenosse kam ihnen die unerwartete Besserung der Konjunktur zu Hilfe, so daß die Position der Unternehmer immer unhaltbarer wurde. Sie hatten sicher nicht darauf gerechnet, daß die Arbeitnehmer und ihre Organisationsklassen so lange aushalten würden, und es war zu befürchten, daß sich ihre Abnehmer anderen Konfektionszentren zuwenden würden.

In dieser Not bot sich der Oberbürgermeister von Stettin, Herr Dr. A. Hermann, als Vermittler an. Unter seiner Leitung wurden die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen. Die Arbeiter wollten nun aber auch nicht umsonst so lange gekämpft haben und verlangten außer den alten Tariffätzen auch noch eine entsprechende Zulage. Und was vorher nicht möglich war, konnte nun mit einmal möglich gemacht werden. Die Arbeitgeber zogen nicht nur ihre Lohnreduzierungen zurück, sondern erhöhten die Stücklöhne des alten Tarifs noch um 5 Prozent, desgleichen die Löhne für Drogenanzüge in der Knabenkonfektion um 60 Pfg. Auf Hosen und Westen wurden pro Stück 5 Pfg. zugelegt und die Löhne der Bügler und Näherinnen tariflich geregelt. Letztere Ergründlichkeit ist von besonderer Bedeutung, da gerade diese Forderung von den Unternehmern aufs allerheftigste bekämpft wurde. Somit endete die Bewegung mit einem vollen Siege der Arbeitnehmer.

Der Stettiner Erfolg kann aber nur dann von dauerndem Nutzen sein, wenn sich die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen der übrigen Konfektionszentren Deutschlands auftraffen und nach dem Vorbilde der Stettiner Kollegen emsig für den Ausbau der Organisation eintreten. Hier und da sind ja schon erfreuliche Anfänge gemacht; aber es fehlt noch viel, sehr viel. Darum appellieren wir an die Mitglie aller Gewerkevereinsgenossen. Die Heimarbeiterrinnen rekrutieren sich zum größten Teil aus den Frauen und Töchtern der Fabrikarbeiter. Unbegreiflicherweise halten diese es nicht für nötig, daß sich auch ihre Frauen und Töchter organisieren, und ersäthern durch dieses ablehnende Verhalten die Bekämpfung der Lohnrücker. Unser Gewerkeverein der Schneider und verwandten Berufe ist in den letzten Jahren bestrebt gewesen, die Agita-

tion in die weitesten Kreise zu tragen. Er ist mit seiner finanziellen Kraft voll und ganz eingetreten für die Konfektionsarbeiter. Haben ihn doch die beiden Kämpfe in Stettin, 1907 und jetzt, allein 54 000 Mark gekostet. Soll nun die an Opfern so reiche Arbeit dauernden Erfolg haben, dann müssen alle Gewerkevereinskreise die Agitation für den Gewerkeverein der Schneider mitunterstützen. Bedenken wir, daß die Konfektion nicht bloß die gelernten Schneider angeht, sondern daß sie ihre Fingarme tief in alle Kreise des Volkes erstreckt. Nur wenn alle mithelfen, nur dann kann der Fluch, der teilweise diesem Industriezweig anhaftet, in Segen gewandelt werden. P. R i i g e r.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 8. Februar 1910.

Delegiertentag der Eisenbahner. (Vorläufiger Bericht.) Am Sonntag, 6. Februar, tagte der erste ordentliche Delegiertentag des neuen Gewerkevereins der Eisenbahner in Breslau, nachdem im Mai vorigen Jahres der konstituierende Delegiertentag vorausgegangen war. Inzwischen ist der Gewerkeverein auf 19 Ortsvereine mit 1300 Mitgliedern angewachsen.

Den Verhandlungen, die abwechselnd geleitet wurden von den Kollegen Friemer-Gleiwitz und Gruchot-Görlitz, wohnte auch ein Vertreter der Direktionsbezirke Breslau und Kattowitz bei. Kollege Böhm-Gleiwitz gab ein Bild von den Kämpfen, die der Gewerkeverein mit seinen Gegnern zu bestehen hatte. Es sei trotzdem gut vorwärts gegangen. Aller Anfang sei schwer. Jetzt dürfe erwartet werden, daß es noch rascher vorwärts gehe. Alle Kollegen im ganzen Verbands der Deutschen Gewerkevereine müßten dabei mithelfen, wie ihnen auch der bisherige Erfolg mitzubanken sei. Die Statuten blieben im wesentlichen unverändert. Fast dramatisch gestalteten sich manche Klagen der Delegierten über die Verhältnisse der Eisenbahner, besonders im Osten Preußens. Die Löhne sind zum Teil überaus niedrig, die Behandlung durch die unteren Vorgesetzten vielfach unwürdig. Gelingen es, die Beschwerden darüber vor die richtige Stelle zu bringen, dann haben sie wohl auch Erfolg. Der amtierende Vertreter der Direktionen sagte eine genaue Untersuchung bestimmter Beschwerden zu, denen dann auch abgeholfen werden solle. Der Sitz des Gewerkevereins wurde nach Breslau verlegt. Dem bisherigen Hauptvorstande in Gleiwitz wurde Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Zur preussischen Wahlrechtsvorlage hat auch die zu gestern abend einberufene Gewerkevereinsversammlung Stellung genommen und sich nach einer kurzen Anrede des Verbandsvorsitzenden Kollegen Goldschmidt ohne Diskussion einstimmig auf den Boden der folgenden Resolution gestellt:

„Die vom Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine einberufene, sehr zahlreich besuchte Versammlung nimmt mit lebhaftem Bedauern Kenntnis von dem Entwurf eines neuen Wahlgesetzes für die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus und erklärt, daß die auf nationalem Boden stehende Arbeiterschaft von diesem Entwurf nicht befriedigt ist, weil er das bestehende Klassenwahlrecht in ein neues Klassenwahlrecht umändert, das ein ebenso großes Unrecht gegen die Arbeiter darstellt, wie es das bestehende preussische Wahlrecht schon bisher gewesen ist. Die Versammlung fordert die Einführung des Reichstagswahlrechts auch für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und richtet an die völkerefreundlichen Parteien das dringende Ersuchen, keiner Wahlreform zuzustimmen, die nicht neben der direkten zunächst auch die gleiche und geheime Wahl einführt.“

Ueber den weiteren Verlauf der Versammlung werden wir in der nächsten Nummer berichten.

Seinen 70. Geburtstag feiert am 9. Februar der Generalsekretär des Gewerkevereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter, Kollege Carl Sahn in Burg. 35 Jahre bekleidet er bereits sein verantwortungsvolles Amt und verwaltet es mit seltener Geschicklichkeit und Energie. Dadurch schon ist sein Name eng verknüpft mit der Geschichte seines Gewerkevereins. Aber noch mehr! Auch der Verband der Deutschen Gewerkevereine, für den der Kollege Sahn stets mit Eifer eingetreten ist, verdankt ihm unendlich viel, denn es gibt keinen Verbandsstag, auf dem Sahn nicht anwesend war und durch seinen Rat und seine reichen Erfahrungen für die Förderung unserer Bestrebungen wirkte. Kein Wunder, daß ihm dafür von allen Verbandskollegen und Kolleginnen Dank und Anerkennung gezollt wird. Aber auch seine Mitbürger haben Sahn's Arbeitskraft sich zunutze zu machen verstanden und ihn seit vielen Jahren

als ihren Vertreter in das Stadtparlament ent- fandt. Seine emigrierte Betätigung auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens sei nur nebenher er- wähnt. Trotz vieler aufopfernden Tätigkeit ist es dem Kollegen Bahn ge- glückt, sich die förperliche und geistige Rüstigkeit in vollstem Maße zu erhalten. Dankbaren Herzens bringen wir ihm heute sicher- lich im Namen aller Gewerksvereiner unsere aufrich- tigen Glückwünsche dar. Möge dem Kollegen Bahn ein ungetrübter Lebensabend beschieden sein! Möge er uns allen noch recht lange erhalten blei- ben als Freund und waderer Vorkämpfer für un- sere gute Sache, die in ihm einen der besten und würdigsten Vertreter gefunden hat!

Weltausstellung und Arbeiterbewegung. Von der unter diesem Titel erschienenen Schrift un- seres Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt sind bis jetzt 21 000 Exemplare abgesetzt worden. Von der 3. Auflage ist nur noch ein ganz kleiner Rest vorhanden, so daß es sich notwendig macht, eine vierte Auflage herauszugeben. Um ungefähr die Höhe dieser Auflage schon im Voraus bestimmen zu können, bitten wir die Ausschüsse der Orts- vereine und Ortsverbände, ihre Bestellungen schleunigst zu machen. Bezugsbedingun- gen: Preis pro Exemplar für Mitglieder 30 Pfa., 6 Stück kosten 1,50 M., 12 Stück 2,65 M., 20 Stück 4 M.

Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalder- straße 21-23, zu richten sind, ist der Betrag mitzu- senden. Die Bestellung kann auf dem Postanwei- sungsabschnitt erfolgen.

Jeder Anschluß muß es sich zur Pflicht machen, nicht früher zu ruhen, bis jeder Gewerksvereiner in den Besitz dieser Schrift gekommen ist.

Arbeiterbewegung. Die Situation im deut- schen Holzgewerbe ist zurzeit noch völlig un- geklärt. Die Zeit für den Ablauf des Tarifs ist am 12. Februar gekommen. Die von den Arbeit- gebern in Vorschlag gebrachte Verhandlungskom- mission ohne unparteiischen Vorsitzenden ist von den Arbeitnehmerorganisationen abgelehnt worden. Es finden aber zurzeit noch Verhandlungen zwischen den Hauptvorständen der beiderseitigen Organisationen statt. Welches Resultat dieselben zeitigen, läßt sich noch nicht übersehen. — In Mannheim sind die örtlichen Verhandlungen im Baugewerbe gescheitert, weil die Arbeit- geber die Forderung der Arbeiter, sich nicht am industriellen-Arbeitsnachweis zu beteiligen, abge- lehnt haben. — Eine umfangreiche Ausperrung droht im deutschen Stein- und Ziegelgewerbe. In München haben die Lithographen, Steinbruder und Steindruckereibetriebe den Arbeitgebern einen Tarifvertrag unterbreitet, der gewisse Lohn- forderungen enthält. Der Tarif wurde von den Unternehmern abgelehnt, worauf die Arbeiter zu- nächst gegen einen großen Betrieb vorgingen. Die eingeleiteten Einigungsverhandlungen waren er- folglos, worauf der Arbeitgeberverband zu- nächst die Kündigung der organisierten Gehilfen für alle bayerischen Betriebe anordnete. Eine Woche später soll, wenn inzwischen keine Einigung erzielt ist, in sämtlichen deutschen Betrieben die Ausperrung erfolgen. — Weil sie sich der Or- ganisation angeschlossen haben, wurden in der Ma- schinenfabrik von Peters zu Culm i. Westpr. die Metallarbeiter ausgeperrt. — Bei den Firmen J. G. Blüthen und W. Blüthen u. Söhne in Pechschau befinden sich die Arbeiter und Ar- beiterinnen in einer Lohnbewegung. Sie fordern eine ca. 15prozentige Erhöhung der Löhne, die bis- her für Arbeiterinnen nicht selten 6—10 Mark pro Woche, für Arbeiter 10—16 Mark betragen. Da die Firmen nicht genügendes Entgegenkommen zeigten, beschloßen die Arbeiter, am Montag die bereits unterschriebene Kündigung einzureichen, wenn bis dahin keine Zugeständnisse gemacht würden. Bei gutem Willen läßt sich die An- gelegenheit in Frieden schlichten. Die Bewegung wird von unserem Gewerksverein der Textilarbeiter geleitet.

Zum 1. Mai laufen in Christiania die vor zwei Jahren abgeschlossenen Tarifverträge für das Baugewerbe ab. Obwohl noch keine Verhand- lungen über den Abschluß neuer Tarife stattgefun- den haben, malen verschiedene Blätter bereits das Gespenst einer großen Ausperrung an die Wand. Sollte da etwa der Wunsch der Vater des Ge- dankens sein?

Streikrecht und bedingte Verurteilung. Ein junger Bergmann im Mansfelder Revier wurde im August 1907 wegen Beteiligung an einer Kauferei zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, die er aber auf Grund der Vorschriften über die bedingte Be-

gnadigung nur dann zu verbüßen brauchte, wenn er sich innerhalb zweier Jahre nicht „gut führte“. Auf keine Weise war nun der Verurteilte während der zwei Jahre bis 1909 mit der Polizei oder dem Strafgeset in Konflikt gekommen, so daß er an die Strafe gar nicht mehr dachte. Am 26. Januar erhielt er nun eine Vorladung zum Untersuchungs- richter, weil er während des Mans- felder Streiks, an dem er beteiligt war, Sammelgelder für die Strei- kenden-eingezogen haben soll. Er gab das zu, glaubte aber nicht, daß die Ausübung eines jedem Staatsbürger gesetzlich gewährleisteten Rechtes bei ihm eine „schlechte Führung“ im Sinne der bedingten Begnadigung sein könne. Er hatte sich schwer getäuelt. Am 27. Januar erging an ihn die Aufforderung, binnen acht Tagen die ihm am 14. August 1907 zuerkannte Strafe von zwei Monaten im Zentralgefängnis in Wodum anzu- treten.

Gegen diese Verfügung ist von dem jungen Bergmann Beschwerde eingelegt worden, der hoffentlich stattgegeben wird. Die Beteiligung an einem Streik und das Sammeln von Streik- geldern, d. h. also die Wahrnehmung eines gesetz- lich gewährleisteten Rechtes, kann unmöglich den Vorteil der bedingten Begnadigung rauben. Sollte die Verfügung aufrechterhalten werden, so würde in Arbeiterkreisen nur von neuem die Meinung gefördert werden, daß tatsächlich im Deutschen Reich mit zweierlei Maß gemessen wird.

Die zweite deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen findet am 3. und 4. März im großen Saale des Architektenhauses zu Berlin, Wilhelmstraße 93, statt. Auf der Tages- ordnung stehen folgende Vorträge: 1. „Der An- teil der Frau an der deutschen In- dustrie nach den Ergebnissen der Be- rufszählung von 1907.“ Ref. Fräulein Selene Simon; 2. „Der Einfluß der gewerblichen Gifte auf den Organismus der Frau.“ Ref. Fräulein Dr. Agnes Blum; 3. „Der Einfluß der gewerblichen Beschäftigung auf das persön- liche Leben der Frau.“ Ref. Fräulein Dr. Marie Baum; 4. „Die Beteiligung der Frau an der Gewerbeinspektion.“ Ref. Frau Dr. Jaffe, v. Richtbofen.

Für Nichtmitglieder sind Eintrittskarten zum Preise von 1 Mark am Eingang zu haben. An der Diskussion dürfen sich alle Teilnehmer, Männer und Frauen, beteiligen. Veranstaltung der Kon- ferenz ist der Ständige Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen (Vorsitzende Fräulein Marg. Friedenthal, Verflingerstr. 17), der sich aus folgenden Organisationen zusammensetzt: Zentral- verein für Arbeiterinnen-Interessen (Fräulein Friedenthal), Arbeiterinnen-Ausschusskommission (Frau Dr. Altmann-Gottbeiner), Bureau für Sozial- politik (Fräulein Else Lüders), Deutsch-Evangeli- scher Frauenbund (Fräulein J. v. Feldmann), Ver- band der Deutschen Gewerksvereine (Redakteur Leonor Lewin), Verband erwerbstätiger katholi- scher Frauen und Mädchen (Härfner Weyer), Ge- werksverein der Seimarbeiterinnen (Fräulein M. Behm). Außerdem gehören dem Ständigen Ausschuss als Einzelpersonen an Fräulein Dr. Bernhard, Gertrud Döhrenfurth, Marie Wis- chnewska, Dr. Alice Salomon, Selene Simon, Dr. Fleischer, v. Gerlach, Dr. Raup.

Vollständige Kurse. Das Institut für Säugungsgewerbe in Berlin veranstaltet in den Monaten Februar und März eine Reihe von Vor- tragskursen nach Art der vollstündlichen Kurse Berliner Hochschullehrer. Die Vorträge werden im Institut für Säugungsgewerbe in der Seestraße ge- halten, beginnen abends pünktlich 8½ Uhr und dauern bis 10 Uhr. Die letzte halbe Stunde wird auf die Besprechung der von den Hörern gestellten Fragen verwandt. Männer und Frauen haben Zutritt und für jeden Kursus, der in der Regel 6 Vorträge umfaßt, eine Teilnehmergebühr von 60 Pfg. zu entrichten. Die in Aussicht genomme- nen Vortragskurse behandeln: 1. Die künst- liche Erzeugung von Kälte und ihre technische Anwendung, Vortragender Dipl.-Ing. Fehrmann; 2. Einführung in die Physik und Chemie, Vortragender Dr. Mohr; 3. Die wichtigsten mensch- lichen Nahrungs- und Genussmittel und ihre Verwertung im Organismus, Vortragender Dr. Bölk; 4. Die Säugungsgewerbe und ihre natur- wissenschaftlichen Grundlagen, Vor- tragende Dr. Senneberg und Dr. Wode; 5. Das menschliche Nervensystem und seine Hygiene, Vortragender Dr. Förster.

Die Vorträge werden durch Demonstrationen, Experimente und Lichtbilder erläutert. Nähere Auskunft und auch Eintrittskarten sind zu haben beim Verbandssekretär Kollegen Neustedt, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 21-23.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909.

Ortsverband Wodum. Der hiesige Ortsverband erlebte seine Geschäfte in 7 Ausschüßungen, 4 Vertreteritzungen, 1 kombi- nierten Ausschüßung betreffs Extrasteuer zum Ge- werbegericht für 1910 und 2 Verbandsversammlungen. Auch wurde ein Vortrag gehalten vom Kollegen Ahr- Gelsenkirchen über die Pflichten der Gewerksgerichts- Beisitzer. Weiter wurden Konferenzen besichtigt in Essen durch die Kollegen Krahn und Kahle und in Düsseldorf durch Kollegen Kahle. Auch die Ortsvereine wurden fleißig besucht. Die Holzarbeiter, bei denen wir dreimal waren, stiegen von 8 Mitgliedern am Jahreschluß auf 20, und zwar meistens durch Ueber- tritte von den christlichen und „freien“ Gewerkschaften. Dann wurden die Fabrik- und Handarbeiter zweimal besucht, der Ortsverein der Maschinenbauer Wodum II dreimal. Der Ausschüß für 1910 besthi aus folgen- den Kollegen zusammen: erster Vorsitzender Kahle, zweiter Vorsitzender Hase, Schriftföhrer Rißt und Kassierer Goffen.

Franz Kahle, Ortsverbands-Vorsitzender.

Ortsverband Frankfurt a. M. Im Jahre 1909 haben wir eine unserer lange ge- hegten Hoffnungen erfüllt bekommen, denn am 1. April wurde der Kollege Jof. Walzer definitiv als Arbeiter- sekretär hier angestellt. Es war dies das Ergebnis einer großen Menge von Arbeit, und kann ich die häu- figen Versammlungen dieserhalb nicht alle aufzählen. Seitdem nun Kollege Walzer die Sache der Deutschen Gewerksvereine für Worms und Frankfurt a. M. ver- tritt, geht es immer sehr lebhaft zu und hat auch bereits jeder Ortsverein eine Zunahme von Mitgliedern zu ver- zeichnen. Sehr interessant war die öffentliche Feier am 12. September 1909 in Worms. Ein Agitationsfest, wie wir es hier noch nicht gesehen hatten. Hoffen wir, daß uns die Zukunft noch größere Erfolge bringt und die Ortsverbände Frankfurt a. M. und Worms blühen und gedeihen mögen.

J. Rachmann, Schriftföhrer.

Ortsverband M. Glabbach-Rheindt. Unser Ortsverband hat im Jahre 1909 eine rege Tätigkeit entfaltet. Die Arbeit beröhrte fast alle Ge- biete, und mit wenigen Ausnahmen hatten wir gute Erfolge zu verzeichnen. Die Erledigung der Geschäfte erforderte 12 ordentliche, 2 außerordentliche Vertreter-, sowie 1 kombinierte Ausschüßung. Allgemeine Mit- gliederversammlungen wurden 4 abgehalten. In den- selben sprach Kollege Reichelt über die Reichs- versicherungsordnung und die Gewerbegerichtsreform. Weiter wurden Berichte erstattet über die Ortsverbandskon- ferenz in Essen von den Kollegen Ring und Quack, und der Konferenz des Vereins für Mutter- und Säug- lingschüß in Düsseldorf durch Kollegen Reichelt. Um die Deffentlichkeit aufzuklären über die großen Ge- fahren der Säuglingssterblichkeit und sie für den Schutz von Mutter und Kind zu interessieren, wurde eine öffentliche Versammlung mit Lichtbildern veranstaltet, mit dem Thema: „Mutter- und Säuglingschüß“. Re- ferentin war Frä. Dr. M. Baum, Düsseldorf. Leider zeigte der schwache Besuch, daß gerade die arbeitende Bevölkerung diesem großen Problem noch sehr wenig Interesse entgegenbringt. In der kombinierten Aus- schüßung sprach Kollege Reichelt über die Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde und die Auslösung von Schöffen und Geschworenen. Unsere diesbezügliche Tätigkeit hatte zur Folge, daß in Rheindt und Ertelzen je 2 Kollegen in die untere Verwaltungsbehörde gewählt wurden. Als Schöffe wurden 1 Kollege in M. Glab- bach, 2 in Rheindt und 2 in Ertelzen ausgelöst. Eine lebhaft Agitation wurde bei der Gewerbegerichtsreform entfaltet, die uns einen ansehnlichen Stimmengewinn brachte.

Der Ortsverein der Maschinenbauer in Rheindt konnte am 1. August auf sein 25jähriges Bestehen zurü- ckblicken. Dieses Jubiläum wurde zu einem großartigen und eindrucksvollen Agitationsfest ausgestaltet und von den auswärtigen Ortsvereinen sehr gut besucht. Der Geselligkeit trug ein Sommerfest Rechnung, welches gut besucht war und für alt und jung sehr anregend verlief.

In der Agitation wurde tüchtig gearbeitet, um un- sere Bewegung immer mehr zu verbreiten und in noch verschlossenes Gebiet einzubringen. Auch hier hatten wir Erfolge, indem sich unsere Mitgliederzahl um 30 Proz. vermehrte. Gröheres hätte noch geleistet werden können, wenn die Arbeit nicht nur auf tüchtigen Schultern ruhte, sondern sämtliche Verbandskollegen sich daran beteilig- ten. Hoffen wir, daß in diesem Jahre dieses Verhältnis sich bessert.

Einen schweren Verlust hatten wir zu verzeichnen durch das plötzliche Ableben unseres Vorsitzenden Kol- legen Quack. Derselbe war immer unser tüchtigster und unermüdetster Kollege, und wir werden sein An- denken jederzeit hoch in Ehren halten.

Ring, Ortsverbands-Schriftföhrer.

Ortsverband Wilhelmshaven. Wenn wir heute einen Rückblick auf die Tätigkeit unseres Ortsverbandes werfen, so dürften wir im all- gemeinen zufrieden sein. Obgleich wir nicht von großen

